

DIE ENTSTEHUNG DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND

Романова А. Ю.

научный руководитель канд. филол. наук, доцент Ершова Е. О.

Институт управления бизнес-процессами и экономики

In der DDR bei der Tätigkeit der «Sozialistische Einheitspartei Deutschlands» wurden die Menschen gezwungen, im Sinn des Kommunismus zu leben und zu denken. Wer das nicht tat, wie z. B. viele Christen, mußte Nachteile in der Schule oder auf dem Arbeitsplatz hinnehmen oder kam sogar ins Gefängnis. Unter solchen Bedingungen wurde die gesamte Wirtschaft vom Staat gelenkt. Deshalb wurde hier nicht so viel produziert wie in Westdeutschland, was einen erheblich niedrigeren Lebensstandard zur Folge hatte. Als Ergebnis flüchteten jedes Jahr viele Tausende durch den «Eisernen Vorhang» in den «goldenen Westen». So verlor die Wirtschaft der DDR viele wertvolle Arbeitskräfte.

In den 60er Jahren war jedoch eine neue Generation herangewachsen. Während der 60er Jahre vollzog sich eine Veränderung im Denken vieler junger Menschen in der Bundesrepublik. Die Generation nach dem Krieg war ganz damit beschäftigt gewesen, Deutschland wieder aufzubauen. Die neuen jungen Leute wollten selber mitreden und mitbestimmen. Sie wollten soviel Freiheit wie möglich für sich haben. Sie verlangten überall im Staat nach Reformen, unter anderem auch in der Wirtschaft.

Am 17. Juni 1990, noch vor der Wiedervereinigung Deutschlands (am 3. Oktober 1990), wurde die Treuhandanstalt in Westdeutschland gegründet. Bei ihrer Gründung wurden ihr fast alle Eigentümeraufgaben für die Staatswirtschaft der DDR übertragen. Sie hatte eine Aufgabe, die Unternehmen der Zentralverwaltungswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft zu überführen.

Dabei waren die Startbedingungen denkbar ungünstig. Nicht nur, dass es kein Vorbild und kein Lehrbuch für die gigantische Aufgabe der Überführung einer ganzen Staatswirtschaft in die Marktwirtschaft gab, sondern die volkseigenen Betriebe der DDR hatten ihre Substanz verzehrt.

Nach der Wirtschafts- und Währungsunion zwischen der BRD und der DDR am 1. Juli 1990, mit der die international nicht konvertible DDR-Mark durch die harte D-Mark abgelöst wurde, trat die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Planwirtschaft deutlich zu Tage. Die DDR-Betriebe verloren mit einem Schlag sowohl ihren heimischen Markt als auch ihre Exportmärkte im Osten.

Das Ergebnis der DDR-Planwirtschaft war: nur 8% der Arbeitsplätze in den von der Treuhandanstalt übernommenen Betrieben waren rentabel; im Durchschnitt lag die Arbeitsproduktivität in der DDR niedriger als 30 % des westdeutschen Niveaus. Die Betriebe und ihre Maschinen waren veraltet; der Energieverbrauch war doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Der Mittelstand war aus politischen Gründen vernichtet worden. Die 270 Mammutkombinate, also Großunternehmen mit mehreren zehntausend Mitarbeitern, glichen Dinosauriern des Industriezeitalters und waren auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig.

Die Behauptung der DDR-Regierung, dass die DDR-Volkswirtschaft als zehntgrößte Wirtschaftsmacht der Welt hinstellt, erwies sich als hohle Propaganda. Es ging darum, den Betrieben erst einmal das Überleben zu ermöglichen und dann einen Überblick über den Unternehmensbestand und dessen Marktchancen zu erhalten. Aber es wurde nicht nur Geld, es wurden auch fähige Manager und Aufsichtsräte gebraucht. Gleichzeitig mussten am Markt ausgerichtete Unternehmenskonzepte erarbeitet werden.

Neben der Ausstattung mit Kapital ging es darum, die großen Unternehmen zu entflechten und den dadurch entstehenden neuen Firmen die Chance zu geben, sich selbstständig und unabhängig am Markt zu behaupten. Diese Entflechtung hat wesentlich zur Herausbildung einer zuvor gar nicht vorhandenen mittelständischen Struktur in Ostdeutschland beigetragen.

Eine weitere Aufgabe, die keinen Aufschub duldet, war die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs. Große westdeutsche Supermärkte und Filialbetriebe drängten auf den Markt und boten der ostdeutschen Bevölkerung das ganze Angebot des Weltmarktes. Die Treuhandgesellschaft reagierte darauf mit der Gründung einer speziellen Gesellschaft zur Privatisierung des Handels, denn rund 30 000 Ladengeschäfte, Großhandlungen, Gaststätten und Hotels mussten rasch an private Eigentümer überführt werden. Die Treuhandanstalt wurde Verwalterin des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen, der ehemaligen DDR-Staatssicherheit und der Nationalen Volksarmee der DDR.

Mit dieser gigantischen Aufgabenfülle begann im Sommer 1990 die eigentliche Tätigkeit der Treuhandanstalt. Ihr Motto war: Rasche Privatisierung, entschlossene Sanierung und behutsame Stilllegung. Nach dieser Leitidee hat die Treuhandanstalt ihren Auftrag erfüllt und Ende 1994 ihre operative Tätigkeit eingestellt. Im Laufe von nur viereinhalb Jahren ist eine in der gesamten Wirtschaftsgeschichte einmalige Aufgabe erfolgreich beendet worden: die Umstellung einer kompletten Volkswirtschaft vom System der zentral gelenkten Verwaltungswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft.

Die Umstellung der Planwirtschaft der früheren DDR in ein funktionierendes System der Sozialen Marktwirtschaft war und ist eine in der Geschichte bisher einmalige Herausforderung. Dafür ist ein gewaltiger Finanztransfer von West- nach Ostdeutschland notwendig. Die Leistungen der öffentlichen Hand erreichten bis Ende 1997 ein Volumen von rund 1000 Milliarden Mark.

Der wirtschaftliche Aufbau in Ostdeutschland hat weiterhin erhebliche Fortschritte gemacht. Entscheidend für den Anschluß an die Weltmärkte war die Qualitätssteigerung der ostdeutschen Produkte, mit der ein Exportzuwachs von fast 26 % einherging. Eine grundlegende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufbau war der rasche Ausbau einer modernen Infrastruktur.

Dies gilt sowohl dem gesamte Verkehrssystem als auch der Telekommunikation. Besondere Anstrengungen zum Aufbau einer konkurrenzfähigen Wissenschafts- und Forschungslandschaft begünstigen den raschen Transfer technologischer Kenntnisse in die praktische Umsetzung durch die Betriebe.

Allerdings besteht in Ostdeutschland noch immer eine deutliche Diskrepanz zwischen Löhnen und Produktivität im Vergleich mit den alten Ländern. Die Effektivlöhne beliefen sich 1997 auf 77,2 %. Die Produktivität erreichte 62 % des westdeutschen Niveaus.

Immerhin hat sich die gesamtwirtschaftliche Leistung in den neuen Ländern im Vergleich zu 1991 um mehr als 40 % erhöht, und ihr Anteil am gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt stieg auf 11,6 %.

Die Bundesregierung hat die Überwindung der immer noch vorhandenen ökonomischen und sozialen Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland zum wichtigsten Vorhaben im Hinblick auf die Vollendung der deutschen Einheit erklärt. Sie will den weiteren wirtschaftlichen Aufbau in Ostdeutschland mit umfangreichen finanziellen Mitteln fördern. Für Maßnahmen der Wirtschaftsförderung zum Auf- und Ausbau der Infrastruktur sowie zur Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen wurden 1998 rund 52 Milliarden DM bereitgestellt.

Zur Stärkung des Wachstums und zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit hatte die Bundesregierung ein Bündel von Maßnahmen beschlossen. Dazu zählen «Das Bündnis für Arbeit und Ausbildung», die Stärkung des Aufbaus Ost sowie gezielte Verbesserungen im Bereich Bildung und Wissenschaft, um so die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken.

Die soziale Marktwirtschaft ist in der BRD zur Zeit. Das heißt: Der Wirtschaftsprozess wird grundsätzlich dezentral durch den Markt gesteuert. Die Soziale Marktwirtschaft bildet die Basis der deutschen Wirtschaftspolitik. Das Grundgesetz als Verfassung der Bundesrepublik Deutschland schreibt keine bestimmte Wirtschaftsordnung vor, schließt aber eine reine, freie Marktwirtschaft durch die Verankerung des Sozialstaatsprinzips aus. Sie ist der Versuch eines

Mittelweges zwischen einer reinen Marktwirtschaft und dem Sozialismus. Das Grundkonzept der Sozialen Marktwirtschaft basiert auf dem Prinzip der Freiheit einer Marktwirtschaft, ergänzt um sozialpolitische Ausgleichsmaßnahmen. Danach soll auf der einen Seite das freie Spiel der Kräfte auf dem Markt grundsätzlich ermöglicht werden. Auf der anderen Seite garantiert der Staat ein soziales Netz zur Absicherung von Risiken.

Gerhard Willke sieht die Soziale Marktwirtschaft bzw. den synonymen Rheinischen Kapitalismus als ein Kapitalismusmodell, das durch einen mittleren Grad an Regulierung gekennzeichnet ist. Dem stellt er die alternativen Kapitalismusmodelle der gering regulierten freien Marktwirtschaft einerseits und der sehr stark regulierten gelenkten Wirtschaft andererseits gegenüber und kommt zu dem Ergebnis, dass Effizienz, Wohlstand und Lebensqualität im Kapitalismusmodell der Sozialen Marktwirtschaft am höchsten sind.

Die Soziale Marktwirtschaft der BRD versucht heute die Vorteile einer freien Marktwirtschaft, insbesondere eine hohe Leistungsfähigkeit und Güterversorgung, mit dem Sozialstaat als Korrektiv zu verbinden, der mögliche negative Auswirkungen von Marktprozessen verhindern soll. Zu ihren Gestaltungselementen gehören freie Preisbildung für Güter und Leistungen am Markt, Privateigentum an Produktionsmitteln und Gewinnstreben als Leistungsanreiz. Durch die Schaffung eines rechtlichen Rahmens sollen die persönlichen Freiheitsrechte, wie Gewerbe-, Konsum-, Vertrags-, Berufs- und Koalitionsfreiheit gewährleistet werden. Zugleich soll staatliche Wettbewerbspolitik den Wettbewerb sichern und private Marktmacht (Monopole, Kartelle) nach Möglichkeit verhindern. Der Grundgedanke besteht darin, dass die Marktwirtschaft ihre wohltandsmehrende wie koordinierende Funktion nur entfalten könne, wenn sie durch eine strenge staatliche Ordnungspolitik auf den Wettbewerb verpflichtet werde. Der Staat soll durch aktive Eingriffe in die Wirtschaft das Marktgeschehen ergänzen und korrigieren (zum Beispiel durch sozialpolitische, konjunkturpolitische oder arbeitsmarktpolitische Maßnahmen), wenn dies im allgemeinen Interesse für notwendig erachtet wird.

Die Soziale Marktwirtschaft ist trotz der in der Praxis gezeigten wirtschaftspolitischen Flexibilität durch drei Besonderheiten gekennzeichnet, die sie aus der Beliebigkeit rasch wechselnder Modelle der Wirtschaftspolitik herausheben.

- Sie nutzt weit mehr als andere Wirtschaftsordnungen die Symbiose zwischen Markt und Staat, um den Wettbewerb funktionsfähig und sozialdienlich zu machen.
- Sie unterstützt eine Strategie der produktiven Ordnungspolitik. Neben der Außenwirtschaft ist die Infrastrukturpolitik im weitesten Sinne, regionale Entwicklungspolitik und eine berufsorientierte Bildungs- und Ausbildungspolitik eine Aufgabe des Staates als wichtigem immateriellen Produktionsfaktor. Gleichzeitig sorgt sie auch dafür, dass wachsende Staatsaufgaben nicht zwangsläufig zu wachsenden Staatsausgaben führen.
- Sie ist spezifisch auf die Bedürfnisse des sozialen Systems der Produktion, wie es sich in Deutschland herausgebildet hat (Verbandskoordination, Mitbestimmung, Duale Berufsausbildung etc.), zugeschnitten.

Die soziale Marktwirtschaft ist ein im politischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland häufig gebrauchtes Schlagwort. Der stark mit der noch jungen Geschichte der Bundesrepublik verknüpfte Begriff bezeichnet ein gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Leitbild und Ordnungskonzept. Heute ist Deutschland ein anerkannter Partner in der Welt. Der für die Wahrung des Völkerrechts und der Menschenrechte eintritt.